

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 33/39
Telex: 8 86 846 ppbn d

Inhalt

41. Jahrgang / 215

10. November 1986

Gerhard Schröder MdL zum Ergebnis der Hamburger Bürgerschaftswahl: Das Wahlziel realistischer fassen.
Seite 1

Inge Wettig-Danielmeier MdL zur Frauenpolitik der Kohl-Regierung: Außer geschönten Analysen nichts zu bieten.
Seite 2

Hans Urbaniak MdB zur Weigerung der Bundesregierung, die Personalstellen bei der Meldestelle für gefährliche Stoffe zu erhöhen: Vernachlässigung des Arbeitsschutzes vorprogrammiert.
Seite 4

Dokumentation
Der Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde zu Berlin, Heinz Galinski, hielt zum 48. Jahrestag der Reichspogromnacht der Nazis am 9. November eine aufrüttelnde Rede, aus der wir zentrale Passagen dokumentieren.
Seite 5

Das Wahlziel realistischer fassen

Schlußfolgerungen aus dem Ergebnis der Hamburger Bürgerschaftswahl

Von Gerhard Schröder MdL
Vorsitzender der SPD-Fraktion im niedersächsischen Landtag

Die SPD muß ihr Wahlziel realistischer fassen.

Es geht nicht darum, sich jetzt in Bündnisdiskussionen verwickeln zu lassen. Es geht jetzt auch nicht darum, Kandidatendiskussionen zu beginnen.

Es geht jetzt einzig und allein darum, den Wählern klar zu machen, daß der Marsch in den Unternehmerstaat, das Produzieren ohne Rücksicht auf die Umwelt nicht zu stoppen ist, wenn die SPD weiter geschwächt wird.

Erforderlich ist vielmehr, glasklare Alternativen zur Rechtskoalition in Bonn zu entwickeln, nicht aber unter der Regie der Deutschen Bank politische Bündnisse mit ihr einzugehen.

Wir müssen um unsere Inhalte kämpfen, in einer Sprache, die keine falschen Rücksichten nimmt und den Geißlern keine Chance mehr läßt.

Entschiedenheit in Inhalt und Sprache ist die einzige Möglichkeit, ein Ergebnis zu erreichen, das der SPD die ihr gebührende Rolle in der Bundesrepublik verschafft. (-/10.11.1986/vö-ha/rs)

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

Verlagsgesellschaft
des Sozialistischen Arbeiterpartei
Bonn



Außer geschönten Analysen nichts zu bieten

Anmerkungen zur Frauenpolitik der Kohl-Regierung

Von Inge Wettig-Danielmeier MdL
Bundesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (AsF)
Mitglied des SPD-Parteivorstandes

Wie die Bundesministerinnen Süssmuth und Wilms versuchten, die Untätigkeit der Bonner Regierung durch die Bekanntgabe bereits bekannter Fakten zur Benachteiligung von Frauen im öffentlichen Leben, in der Ausbildung und der Erwerbstätigkeit zu überdecken, war mehr als unbeholfen. Werfen doch die Ergebnisse der Studie des Instituts „Frau und Gesellschaft“ wie auch der Bericht „Chancen für Mädchen und junge Frauen in Ausbildung und Beruf“ ein Schlaglicht auf die von der CDU/CSU - FDP-Koalition vernachlässigten Politikbereiche.

Den Frauen ist der Geduldsfaden längst gerissen. Wohlfällige Tendenzserklärungen reichen jetzt nicht mehr aus. Das bekam die Frauen- und Familienministerin Rita Süssmuth zu spüren, als sie kürzlich in Berlin von den Teilnehmerinnen des Symposiums „Gegen Gewalt gegen Frauen“ ausgepöfift wurde. Sie steht nach eineinhalb Jahren Amtszeit mit leeren Händen da.

Die Bundesministerin, die soviel Richtiges über die Situation der Frauen zu sagen weiß, konnte tatsächlich für die Frauen nichts erreichen. Sie hat weder eine aktive Politik zur Verbesserung der Situation von Frauen auf dem Arbeitsmarkt betrieben noch dringend notwendige Maßnahmen zur Qualifizierung und Wiedereingliederung eingeleitet. Sie hat keine Initiativen zur Absicherung der Arbeit der Frauenhäuser ergriffen und sie konnte sich im Kabinett nicht durchsetzen, als es um ausreichende Kompetenzen für ihr Ministerium im Bereich Frauenpolitik ging.

Die CDU als Partei demonstriert unterdessen, wie wenig ernst sie die eigenen Beschlüsse zur „Partnerschaft 2000“ nimmt. Die Zahl der weiblichen Unionsabgeordneten im nächsten Bundestag wird sich nicht erhöhen.

Für die jungen Frauen, die die Christdemokraten zu Beginn des vergangenen Jahres als Wählerinnenpotential ausmachten, hat die Regierungspolitik nichts gebracht. Der jetzt von Ministerin Wilms vorgestellte Bericht der Regierung Kohl zu den „Chancen für Mädchen und junge Frauen in Ausbildung und Beruf“, ist ein Beleg der Hilflosigkeit. Ausgerechnet die Ministerin, die die Verantwortung dafür trägt, daß durch die Umstellung der BAföG-Regelung tausende von Abiturientinnen davon absehen, ein Studium aufzunehmen, will die Öffentlichkeit von den guten Absichten dieser Regierung hinsichtlich der Zukunftssicherung junger Frauen überzeugen.

Diese Regierung hat die Chance verspielt, den Mädchen und jungen Frauen von heute, die mit guten Schulabschlüssen und einer weitaus größeren Orientierung an einer dauerhaften Berufstätigkeit als alle Generationen vorher, auf den Arbeitsmarkt drängen, die nötige Unterstützung zu geben.

Zwei Drittel der Jugendlichen, die nach der Schule vergeblich einen Ausbildungsplatz suchen, sind Mädchen. Benachteiligt sind sie auch an der sogenannten „Zweiten Schwelle“ - beim Übergang von der Berufsausbildung in die Erwerbsarbeit: 56 Prozent der Ausgebildeten, die sich arbeitslos melden, sind Mädchen.

Die Arbeitslosenquote der Frauen liegt nach wie vor deutlich über der der Männer. Die geringen Beschäftigungszuwächse während der vergangenen Jahre finden gerade in den Berufen und Tätigkeitsbereichen statt, für die die Sozialforschung die großen Rationalisierungsschübe durch den Ein-



satz neuer Techniken noch erwartet. Die Verwaltungs- und Büroberufe gerade des mittleren Qualifikationsspektrums sind hochgradig gefährdet, wenn die neuen Informations- und Datenverarbeitungstechniken sich erst voll durchgesetzt haben. Von diesen Gefahren findet sich in den Veröffentlichungen kein Wort.

Es fehlt hingegen nirgendwo der Hinweis auf die „positiven“ Effekte des von CDU/CSU und FDP durchgesetzten „Beschäftigungsförderungsgesetzes“. Gerade das Gesetz, das den Abbau von Vollzeitarbeitsplätzen für Arbeiterinnen und zunehmend auch für weibliche Angestellte weiter fördert und die Lage der erwerbstätigen Frauen verschlechtert, wird von der Bonner Regierungskoalition als Erfolg verkauft. Das Gesetz also, dem die Frauen eine wachsende Zahl befristeter Arbeitsverhältnisse und die Durchlöcherung arbeitsrechtlicher und sozialer Schutzvorschriften bis zur Preisgabe des Mutterschutzes zu verdanken haben.

Der von der Bonner Regierung gepriesene Erziehungsurlaub, gibt den Eltern nur angeblich die Möglichkeit Beruf und Familie zu vereinbaren. Leisten können sich ihn nur die bessergestellten Eltern. Was fehlt, ist die Arbeitsplatzgarantie und ein angemessener Einkommensausgleich.

Die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen warnt alle Frauen eindringlich davor, diese Regierung weiter wursteln zu lassen. Wir müssen uns bewußt sein, daß eine Politik gegen die Interessen und Bedürfnisse der Mehrheit der Bevölkerung gegen unsere Interessen gerichtet ist. Gerade die Sicherung der Zukunftschancen für Mädchen und junge Frauen ist eine zu wichtige Aufgabe, als das wir sie den Frauen und Männern um Kohl überlassen können.

Wir fordern verbindliche Regelungen jetzt. Wir wollen ein Gleichstellungsgesetz, das der Diskriminierung von Frauen auf dem Arbeitsmarkt den Riegel vorschiebt und allen Mädchen und jungen Frauen den gleichen Zugang zu Ausbildungsplätzen eröffnet. Wir fordern Frauenförderpläne für jeden Betrieb und jedes Unternehmen, die insbesondere den Frauen Qualifizierungs- und Aufstiegschancen sichern.

Die AsF sieht in einer aktiven Politik allgemeiner Arbeitszeitverkürzung durch Gesetz und Tarifverträge, insbesondere zur Verkürzung der täglichen Arbeitszeit, eine wesentliche Voraussetzung zur Verbesserung der Arbeitsmarktchancen für Frauen und gleichzeitig zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Wir brauchen dringend ein Programm zur Wiedereingliederung von Frauen in das Berufsleben.

Darüber hinaus halten wir es für dringend erforderlich, daß in der Politik die Interessen von Frauen für Frauen vertreten werden. Deshalb wollen wir die Quotierung in der Partei und Wahlrechtsänderungen, die den Gleichstellungsanspruch wirksam durchsetzen helfen. (-/10.11.1986/rs/ks)

* * *



Vernachlässigung des Arbeitsschutzes vorprogrammiert

Zur Weigerung der Bundesregierung, die Personalstellen bei der Meldestelle für gefährliche Stoffe zu erhöhen

Von Hans Urbaniak MdB

Der Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung hat in seiner Sitzung am Mittwoch, dem 5. November 1986 beschlossen, die Personalstellen bei der Bundesanstalt für Arbeitsschutz in Dortmund und hier bei der nationalen Melde- und Bewertungsstelle für gefährliche Stoffe nach dem Chemikaliengesetz um nur vier Stellen zu erhöhen.

Die von der SPD-Bundestagsfraktion geforderten 13 Stellen sind damit durch die Mehrheit der Regierungsparteien abgelehnt worden. Diese Entscheidung beweist einmal mehr, wie wenig diese Bundesregierung für die Sicherheit der Arbeitnehmer an ihrem Arbeitsplatz zu tun bereit ist.

Die nationale Melde- und Bewertungsstelle für gefährliche Stoffe im Rahmen des Chemikaliengesetzes hat seit ihrem Bestehen am 1. Januar 1982 bis heute noch nicht den Mindeststellenbedarf von 16 Stellen erreicht, den der Bundesrechnungshof damals ermittelte. Die Zahl der Meldevorgänge neuer chemischer Stoffe auf dem Markt ist seit 1982 kontinuierlich angestiegen. Dadurch hat sich ein Defizit bei der Anwendung des Chemikaliengesetzes auf Altstoffe mit Verdacht auf Langzeitwirkung (krebserzeugende, fruchtschädigende, erbgutverändernde Wirkung) ergeben.

Nur etwa fünf Prozent der 100.000 Altstoffe auf dem Markt sind derzeit auf Langzeitwirkung untersucht worden. Aus diesen 100.000 Altstoffen sind Stoffe, die unter dem Verdacht stehen, Arbeitnehmer zu gefährden, systematisch herauszulesen und einer eingehenden Prüfung zu unterziehen.

Das alles ist nötig, weil die freiwilligen Aktivitäten der chemischen Industrie im Vorfeld des Chemikaliengesetzes völlig unzureichend sind. Als weitere Arbeitsbelastung ist die Gefahrstoffverordnung für die Bundesanstalt für Arbeitsschutz dazu gekommen, die seit dem 1. Oktober 1986 in Kraft getreten ist. Aus dieser Gefahrstoffverordnung ergeben sich für die Prüfstelle neue Aufgaben, wie zum Beispiel die Anerkennung von Meßinstituten, die im Auftrag meßtechnische Überwachung von Arbeitsplätzen übernehmen. Eine weitere vermehrte Beanspruchung der Bundesanstalt ergibt sich aus der Intensivierung der Suche nach Ersatzstoffen für besonders gefährliche Arbeitsstoffe. Nach der erneuten Ablehnung der Bundesregierung, das Personal aufzustocken, ist es mehr als fraglich, ob die Bundesanstalt in der Lage sein wird, die ihr gestellten Aufgaben zu bewältigen.

Eine Vernachlässigung des Arbeitsschutzes ist damit vorprogrammiert. Die Regierungsparteien müssen sich nach ihrer jetzigen Haltung erneut vorwerfen lassen, den Gesetzesauftrag des Chemikaliengesetzes nicht erfüllt zu haben. Wir alle wissen inzwischen, daß gerade die Altstoffe eine chemische Zeitbombe sind, deren Ausmaß wir alle noch nicht überblicken können. Die Weigerung der Regierungsparteien, die nationale Melde- und Bewertungsstelle mit genügend Personal auszustatten, beweist einmal mehr ihre Ignoranz und ihr mangelndes Verantwortungsbewußtsein gegenüber den betroffenen Arbeitnehmern.

(-/10.11.1986/rs/ks)

* * *



DOKUMENTATION

Heinz Galinski: Wir dürfen die „Entsorgung“ der Geschichte nicht zulassen

Der Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde zu Berlin, Heinz Galinski, hielt zum 48. Jahrestag der Reichspogromnacht der Nazis am 9. November im Jüdischen Gemeindehaus zu Berlin, eine auf-rüttelnde Rede, aus der wir zentrale Passagen dokumentieren.

Immer öfter hört man den Ruf nach einer „Normalisierung“ in unserer Beziehung zu der Umwelt. Ich gebrauche einen sehr milden Ausdruck, wen ich sage, daß es nach Auschwitz eine provozierende Gedankenlosigkeit ist, im Umgang mit uns Normalität zu fordern. Wenn Historiker heute wieder glauben, Beweise dafür aufbringen zu können, daß die Verbrechen nicht einmalig waren, wenn sie Begründungen vortragen, die letztlich auf Bagatellisierung der begangenen Untaten hinauslaufen und auf Geschichtsverfälschung, so bringt uns das der Normalität keinen Schritt näher, sondern ist eher dazu angetan, neue Gräben aufzureißen.

Wir dürfen Tendenzen zu einer endgültigen politischen und moralischen „Entsorgung“ der Bundes-republik von ihrer jüngsten Geschichte nicht zulassen. Stattdessen müssen wir die teils versäumte, teils verdrängte Aufarbeitung jenes wüsten Geschehens weiter leisten, bevor wir wirklich zu einer neuen „Normalität“ finden können.

Nie zuvor in der Geschichte ging ein Staat mit der ganzen Autorität seiner Führung dazu über, eine ganze Menschengruppe, Kinder und Greise, Gesunde und Kranke, Männer und Frauen, systematisch auszurotten. Das verleiht dem Holocaust seine Einzigartigkeit, an der nicht zu deuteln ist.

Wir müssen dieser Art von Geschichtsverfälschung, der Flucht in die Verantwortungslosigkeit, eine eindeutige, entschiedene Absage erteilen. Daß es heute, 40 Jahre danach, wieder so weit ist, daß Historiker glauben, sich diese Art von Auseinandersetzung erlauben zu können, spricht für sich allein und gibt nur eine Tendenz wieder, die heute verbreiteter denn je ist.

Vergangenheitsbewältigung darf kein Problem der Historiker werden, sie muß eine moralische und persönliche Angelegenheit eines jeden einzelnen Erben dieser Vergangenheit bleiben. Lassen Sie mich dazu wieder die Worte Elie Wiesels zitieren, der in der erwähnten Dankrede sagte: „Ich habe ge-lernt, daß der Holocaust eine einzig dastehende und einmalig-jüdische Angelegenheit war - wenn-gleich mit weltweit reichenden Folgen. Nicht alle Opfer waren Juden, aber alle Juden waren Opfer.“

Diese Normalisierung, vor deren konstruierter Form wir eindringlich warnen wollen, soll wohl auch das Verhältnis zum Staate Israel einschließen. Was soll zum Inhalt dieser Art von „Normalität“ werden? Ein Durchbruch der Einseitigkeit, die in einigen Medien ohnehin schon besteht, politische Einäugigkeit diesem leidgeprüften Land gegenüber?

Natürlich werden auch in Israel Fehler gemacht. Jeder Staat, jeder Mensch begeht Fehler. Aber selbst ohne die besondere Vorgeschichte widerspräche es der politischen Redlichkeit, ständig nur Schwierigkeiten eines Landes herauszustellen, das vom Tag seiner Wiederbegründung an mit einer unmenschlichen Anstrengung im permanenten Kriegszustand buchstäblich um seine Existenz kämpfen muß...

...Ebenso ist es unfaßbar, daß die Berliner Staatsanwaltschaft die Akten des Volksgerichtshofes schließt und dieses unselige Kapitel der deutschen Geschichte abschließt. Für uns, für die Opfer, ist dieses Kapitel nicht abgeschlossen. Die deutsche Justiz muß sich sagen lassen, daß sie viel zu lange gezögert hat, ihre eigenen Vertreter für die erkennbaren verbrecherischen Taten vor das Tribunal zu stellen.

Es ist empörend, daß Täter ungestraft ihre „sogenannte“ wohlverdienene Pension genießen können. Der Tag der Aktenschließung war ein schwarzer Tag in der Geschichte der deutschen Justiz. Gerade diejenigen wurden nicht zur Rechenschaft gezogen, die sich als Handlanger eines verbrecherischen Regimes besonders schlimm gegen die Grundsätze der Gerechtigkeit und der Menschlichkeit verhalten hatten.

Lassen Sie mich bitte noch ein Thema erörtern, das mir als Demokraten und Bürger dieses Landes besonders am Herzen liegt. Es geht um unseren Bundespräsidenten. Herr von Weizsäcker läßt sich von dem Grundsatz leiten, daß den Schlußstrich hinter der Vergangenheit nur die Opfer ziehen können. Es ehrt ihn, wenn er des öfteren auf die Notwendigkeit hinweist, sich zu erinnern. Und es empört mich, daß man selbst davor nicht zurückschreckt, den Bundespräsidenten persönlich anzugreifen, daß unsere Politiker nichts gegen die Versuche unternehmen, den Bundespräsidenten zu diffamieren. Ich jedenfalls halte es für meine Pflicht, dieser Kampagne entschieden entgegenzutreten.

Auch das sind zwangsläufig Gedanken und Fragen zum Gedenken an diesem 9. November.

(-/10.11.1986/rs/ks)

* * *